

Workshop des Gerhard Weisser Instituts

**„Annäherung an eine neue Gesellschaftspolitik“**

am 16.11.2018 in der Gustav Stresemann Stiftung in Bonn

Zusammenfassung

Wie kann eine Gesellschaftspolitik vor dem Hintergrund veränderter und zunehmend fragmentierter Lebenslagen künftig aussehen? Zur Einführung stellte Dr. Dieter Rehfeld, Vorsitzender des Gerhard Weisser Instituts die Hintergründe für den Workshop vor. Die Frage nach einer Gesellschaftspolitik geht von den Grundanliegen und Lebenslagen der Menschen in einer integrativen Betrachtungsweise aus. Wie sind die Rahmenbedingungen zu gestalten, dass alle Menschen ihre Möglichkeiten entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können?

Die Antwort auf diese Frage wird als existentiell für die Weiterentwicklung einer gerechten und demokratischen Gesellschaft angesehen und stellt sich heute dringender denn je. Eine ungleiche Verteilung der Globalisierungsgewinne, eine Fragmentierung der Gesellschaft in immer stärker abgeschottete soziale Milieus und ein Auseinanderfallen zwischen subjektiver und objektiver Lebenslage bilden den Hintergrund für einen erodierenden gesellschaftlichen Konsens und für eine an Symptomen korrigierende Politik, der ein übergreifender Rahmen verlorengegangen ist.

Eine neue Gesellschaftspolitik kann zwar an den gerade im Rahmen der Diskussionen des Weisser Instituts entwickelnden Überlegungen der vergangenen Jahre anknüpfen, sie muss aber den tiefgreifenden Veränderungen in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Sie benötigt einen normativen Bezugspunkt - die Grundanliegen und Lebenslagen der Menschen -, es wird für notwendig gehalten, die Arbeitsteilung zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu überdenken und sie kann nur als kontinuierlicher Reflexions- und Lernprozess erfolgreich sein.

Die Frage nach der Diskussion um eine neue Gesellschaftspolitik als Reflexions- und Lernprozess beinhaltet auch, sich gegenwärtige politische Konzepte und Strategien anzuschauen, die einen Bezug zur Gesellschaftspolitik haben bzw. Beiträge für deren Ausgestaltung liefern können. Dieser Aspekt stand im Mittelpunkt des ersten Themenblocks des Workshops. Dr. Antje Blöcker, Lehrbeauftragte an der TU Braunschweig und Research Fellow am Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, erörterte die Frage „Transition als Herausforderung: Eine neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft?“ Frau Blöcker gab zunächst einen Überblick der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Transition-Diskurse mit ihren verschiedenen ökologischen und gesellschaftspolitischen Teilelementen. Insbesondere betonte sie, dass in der Diskussion nicht klar ist, was verändert werden sollte, da das Vorsichtsprinzip in der Politik dominiert, ein grundlegendes Narrativ fehlt. Dies heißt auch, dass die Richtung von Transition offen ist, also durchaus ein „Zurück“ beinhalten kann.

Grundsätzlich ist Transitionspolitik demnach deshalb eine enge Grenze gesetzt, weil Staat und Politik ihrer Grundstruktur nach die erzeugten Produktions- und Lebensverhältnissen aus ihrer Eigenlogik heraus permanent absichert.

An dieser „Vorsichtspolitik“ ändern nach Blöcker auch neue Steuerungsformen (Governance) nichts, da viele Multi-Stakeholder zwar kooperativ an wahrgenommenen Problemen arbeiten, tief verankerte Probleme, die in Lebensweisen eingezimmert sind, aber nicht zur Bearbeitung kommen, weil Gesellschaft als Ganzes mit ihren Strukturen und Triebkräften nicht konzeptualisiert wird.

Als Konsequenz plädierte Frau Blöcker, den verengten Ansatz der Transitionspolitik durch ein umfassendes Verständnis von Transformation zu ersetzen, wobei sie auf die Arbeiten von Polanyi und Andere verwies. Ohne die Verschiebung ökonomischer Machtstrukturen in Richtung auf die Begrenzung des Kapitals, so ihr Fazit, ist nachhaltige Transition zum Scheitern verurteilt, von daher rückt die Frage nach einer Wirtschaftsdemokratie für Frau Blöcker in den Mittelpunkt einer Transformationsdiskussion.

Daran anschließend stellt Ben Dankbaar, emeritierter Professor aus Nijmegen, die „Konturen einer missionsorientierten Innovationspolitik“ vor. Aus gesellschaftspolitischer Sicht ist dieser Ansatz besonders interessant, weil Innovationspolitik den engen Rahmen ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit überwindet und an den Beitrag der Innovationen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen misst. Im Anschluss an eine Gegenüberstellung orthodoxer und heterodoxer Standpunkte zur Innovationspolitik setzte sich Herr Dankbaar exemplarisch mit dem Apollo-Projekt auseinander, das immer wieder als Beispiel für eine missionsorientierte Innovationspolitik herangezogen wird. Er betonte, dass die Landung auf dem Mond vorwiegend eine technische Herausforderung darstellte. Das Projekt war ein Produkt des Kalten Krieges und wurde von den mächtigsten Unternehmen (vom Militärisch-industriellen Komplex) unterstützt, gerade auch in Reaktion auf den Sputnik-Schock.

Schon 1977 schrieb Richard Nelson „The moon and the ghetto“ und warf die Frage auf, warum uns eine Mondlandung gelingt, aber nicht die Eliminierung von Armut und Rassismus. Das Problem besteht darin, dass gesellschaftliche Probleme nicht nur oder nicht einmal primär technologisch zu lösen sind. Hinzu kommen nach Herrn Dankbaar weitere Aspekte, die eine notwendige gesellschaftliche Transformation erschweren.

- Es gibt mächtige Unternehmen, die am Status quo Interesse haben; oder umgekehrt: Unternehmen, die an der Transformation verdienen, sind bislang weniger groß und mächtig als die, die daran verlieren;
- Der Feind ist weniger konkret; die Bedrohung ist nicht hier und jetzt, aber in der Zukunft (das ändert sich allerdings durch die zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen);
- Eine Verhaltensänderung von Konsumenten und Bürger ist notwendig und Teil der Herausforderung
- Die Möglichkeiten, Kosten auf sozial schwächere Schichten abzuwälzen, sind grösser (auch wegen der gewünschten Verhaltensänderung)

Vor diesem Hintergrund verwies Herr Dankbaar noch einmal auf den größeren historischen Rahmen: Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Kapitals, das

(kurze) 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Gleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit, im 21. Jahrhundert muss ein neues Gleichgewicht geschaffen werden zwischen Kapital, Arbeit und Natur, eine Herausforderung, die sich national wie auch international stellt. Für Herrn Dankbaar ist es allerdings fraglich, ob eine erfolgreiche Innovationspolitik durchgeführt werden kann, wenn nicht gleichzeitig – und vielleicht sogar damit integriert – Fragen der sozialen Gerechtigkeit aufgegriffen werden

Achim Vanselow, beim DGB Nordrhein-Westfalen unter anderem für Strukturpolitik zuständig, eröffnete als Kommentator die Diskussion zu diesen ersten beiden Beiträgen. Er verwies zunächst auf die massive Ausdifferenzierung von Lebenslagen und Interessen auch in zeitlicher Perspektive hin. Das Problem ist für viele Menschen nicht die aktuelle Situation, sondern die Zukunftsaussichten, die Frage, ob der jetzige Lebensstandard auch in Zukunft gesichert werden kann. Hier besteht der Eindruck, dass Politik keine überzeugenden Antworten liefert, sondern eher im Nebel stochert. Dies hängt sicher damit zusammen, dass der Zukunftsdiskurs vor allem technologisch bzw. von Ingenieuren und Informatikern geführt wird, die Geisteswissenschaften in diesem Diskurs weitgehend unsichtbar sind.

Die Frage, wie sich geisteswissenschaftliche Ergebnisse bündeln lassen war, dann auch einer der zentralen Gegenstände der weiteren Diskussion. Verwiesen wurde etwa auf die (rückblickend völlig unberechtigte) Kritik vieler Wirtschaftswissenschaftler an der Einführung des Mindestlohns. Solange geisteswissenschaftliche Diskurse je nach Disziplin und Ausgangspunkt zu unterschiedlichen, oft entgegengesetzten Ergebnissen kommen, erscheint dieser Diskurs als Kakophonie. Fehlende geisteswissenschaftliche Orientierung und „Stochern im Nebel“ bzw. „Vorsichtspolitik“ erscheinen dann zwei Seiten ein und desselben Problems.

Die weitere Diskussion warf dann Fragen auf, die zwar nicht beantwortet werden konnten, für die künftigen Aktivitäten des Weisser Instituts aber von zentraler Bedeutung sein werden: Wie lassen sich normative Bezugspunkte einer Gesellschaftspolitik begründen? Wie kann ein gesellschaftspolitisches Narrativ aussehen? Wie kann eine gesellschaftspolitische Mission aussehen (Digitalisierung ist keine Mission, Energiewende schon eher)? Wer steuert, wenn nicht Politik? Wer soll Gesellschaftspolitik vorgeben und umsetzen, wer bringt sie in Staat und Politik ein?

In den zweiten Themenblock „Lebenslagen, Zivilgesellschaft und Regierbarkeit“ führte Franz Lehner, emeritierter Professor der Ruhr Universität Bochum mit einem Vortrag zum Thema „Regieren in einer fragmentierten Gesellschaft“ ein. Anknüpfend an seine früheren Arbeiten über Regierbarkeit verwies er darauf, dass die Frage nach der Regierbarkeit in einer pluralistischen, von heterogenen Interessen geprägten Gesellschaft schon länger auf der politikwissenschaftlichen Agenda steht.

Er stellt die Frage nach Regierbarkeit in den Kontext einer zunehmenden Kontingenz in der Wissensgesellschaft. Rasche Wissensproduktion führt zu sowohl zu mehr Handlungsmöglichkeiten wie auch zu mehr Handlungsrisiken. Erfordert wird komplexes soziales Lernen vor dem Hintergrund geringerer Vorhersagbarkeit und wachsender Unsicherheit. Spezielles Wissen ist in der

Regel bei den pluralistischen gesellschaftlichen Akteuren vorhanden, was diesen einen exklusiven Zugang zur Politik eröffnet.

Vor diesem Hintergrund kann Evolution als komplexer sozialer Lernprozess verstanden werden, wobei Institutionen, die das Chaos organisieren, eine zentrale Rolle zukommt. Als Konsequenz verwies Franz Lehner auf die von Rawls und Habermas begründete und unter anderem von Steiner weiter entwickelten Arbeiten zu einer deliberativen Demokratie, ein Ansatz, der nach Franz Lehner den Rahmenbedingungen der Wissensgesellschaft am ehesten gerecht wird.

Das Modell der deliberativen Politik geht davon aus, dass sich über das bloße Addieren vorgegebener Präferenzen Einzelner nicht zwingend das beste und rationalste politische Ergebnis für alle einstellen muss. Vielmehr kann über Prozesse des vertieften Austauschs von Meinungen und Argumenten in einem Klima des Respekts und der Toleranz oft besser entschieden werden. Deliberative Politik wird denn auch als mögliche Ergänzung zu gängigen direktdemokratischen Verfahren diskutiert.

Als praktisches Beispiel verwies Franz Lehner auf das Schweizer Modell, in dem die einer Volksabstimmung vorgeschaltete Vernehmlassung die Schlüsselrolle einnimmt, also wichtiger ist als die Abstimmung selbst. In einer Konzertierte Aktion oder auch in Neo-Korporatistischen Modellen werden Alternativen zu einem fragmentierten Pluralismus gesehen. Nicht zuletzt gab Franz Lehner zu überlegen, ob nicht auch demokratischen Genossenschaften eine wachsende Rolle in der Politik beigemessen werden sollten, wobei er auf die groß angelegten Projekte der Emscher Genossenschaft zur Restrukturierung der Landschaft des Ruhrgebiets verwies.

Dr. Birgit Mangels-Voegt von KOMPASS Beratung ergänzte diesen Themenblock mit einer Reflexion der praktischen Perspektive. Der Vortrag „Hoffnungsträger Zivilgesellschaft? Eindrücke aus der Region“ basierte auf umfangreichen Erfahrungen mit regionalen Beratungs- und Moderationsprozessen. Zunächst stellte Frau Mangels-Voegt die Erwartungen von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft an zivilgesellschaftliche Akteure dar. Als deren Leistungen in der Problemlösungsvorbereitung werden genannt: Erhöhte öffentliche Meinungsbildung, Alternative Information, Transparenz, Veränderte Interessenrepräsentation und -artikulation, Einbringen von fragmentierten räumlichen Interessen gegen staatliche und/oder wirtschaftliche (Über-)Macht, Beratungs- und Vermittlungsfunktion sowie Kontrollinstanz. Als Leistungen in der Politikvermittlung werden genannt Transport der Entscheidungen auf die Betroffenenenebene, Akzeptanz und Ausüben von Druck bei der Erfüllung von Aushandlungsergebnissen.

Die Erfahrung zeigt, dass diese Erwartungen teilweise stark überhöht sind und Spannungsfelder zwischen den Akteur\*innen in gemeinsamen Beteiligungsprojekten ignorieren. Ein Spannungsfeld besteht zum Beispiel zwischen dem Wunsch nach Transparenz auf der einen Seite und der Einbindung in den Prozess auf der anderen Seite. Der Staat und die Politik werden oft als Gegner gesehen, nicht als Beteiligte in einem gemeinsam zu gestaltenden Problemlösungsprozess. Die Funktion der Kontrollinstanz läuft dann ins Leere, wenn Beteiligungsprojekte zeitlich begrenzt sind und das Überprüfen der erreichten Lösung nicht gewährleistet ist, die Frage nach der

Vermittlungsfunktion kollidiert mit der immer wieder auch selektiven Interessensvertretung und der intendierten Partikularziele.

Trotz dieser Spannungen und Probleme sieht Frau Mangels-Voegt einen positiven Beitrag der Zivilgesellschaft im politischen Prozess. Dieser Beitrag ergibt sich nicht von selbst, sondern bedarf ausreichender Rahmenbedingungen wie eine professionelle Moderation, die eine Befähigung zur Beteiligungsexpertise aufweist und die Bereitschaft aller Konfliktparteien zur Verständigung. Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann kann zivilgesellschaftliche Beteiligung als Reallabor für die Verständigung zwischen unterschiedlichen Interessen wirken.

Laura-Fee Wloka vom Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen führte mit ihrem Kommentar in die abschließende Diskussion ein. Sie verwies auf die momentan weit verbreitete Zukunftsangst in der Zivilgesellschaft und die damit verbundene Wahrnehmung der Bedrohung, die immer häufiger auch mit einem Rückzug auf das Nationale verbunden ist. Ein Ausgleich der Interessen wird dann kaum noch möglich, wenn der Traum des einen zum Trauma für den Anderen wird.

In der Diskussion wurde zunächst auf den wichtigen Unterschied zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und organisierter Zivilgesellschaft verwiesen. Bezogen auf die zivilgesellschaftlichen Akteure wurde die Frage aufgeworfen, wie eine Befähigung zur Partizipation aussehen kann, insbesondere vor dem Hintergrund der alltäglichen Beteiligungsverfahren etwa in Planungsprozessen. Spielregeln entwickeln, Prozesse strukturieren und den beteiligten Akteuren Macht geben sind Anforderungen, die zur alltäglichen Praxis werden sollten, wenn die Erwartungen an die Zivilgesellschaft erfüllt werden sollen.

Weiterhin wurde gefragt, ob die direkte Demokratie mit dem Zwang zu „ja“ oder „nein“ nicht zu gesellschaftlichen Polarisierung führt, wenn die vorgeschaltete Vereinnahmung medial oder populistisch dominiert wird. Nicht zuletzt wurde die Frage aufgeworfen, wie und wo Orte oder Gelegenheiten aussehen, in denen Überlappungen zwischen den fragmentierten Akteuren in einer Form möglich sind, die zur Integration beitragen.

Paul Soemer vom Weisser Institut bedankte sich bei allen Teilnehmenden und resümierte abschließend die Anregungen für die weitere Arbeit des Instituts, wobei er insbesondere die Frage nach einem gesellschaftspolitischen Narrativ in den Mittelpunkt stellte.